

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1911)
Heft: 7-8

Artikel: Antrag an die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Friedensvereins in Chaux-de-Fonds 1911
Autor: Schuster, G.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802678>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

päischen Frieden und zur allgemeinen Rüstungsbeschränkung. Und in den kommenden Kämpfen wird sie das Vertrauen tragen, dass der Fortschritt der Welt an der Rückständigkeit der herrschenden Schichten nicht dauernd scheitern wird! („Basler Vorwärts“.)

—o—

Antrag

an die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Friedensvereins in Chaux-de-Fonds 1911.

„Der Schweizerische Friedensverein möchte den Beschluss fassen, einstweilen für zwei Jahre einen je nach Kassenbestand und Möglichkeit bemessenen Beitrag von 200—300 Fr. an die Deutsche Friedensgesellschaft (derzeit in Stuttgart) auszurichten, in Anbetracht der bald heranrückenden wichtigen 3. Haager Konferenz, an der Deutschland den Ausschlag geben wird, und weil unsere dortigen Freunde weitaus den schwierigsten Kampf führen müssen.“
Ich begründe meinen Antrag wie folgt:

1. Kein Land hat die Unterstützung aller Friedensfreunde so bitter nötig wie Deutschland, das noch am tiefsten im Militarismus steckt, besonders seit 1871 ganz übertrieben rüstet (ob mit Recht oder Unrecht will ich hier nicht untersuchen), ganz Europa zum Wettrüsten zwingt, ja sogar schon zweimal die dargebotene Hand von England und Frankreich zu einer allmählichen, vernünftigen Verminderung der Rüstungen kurz und glatt abgewiesen hat, ja nicht einmal in eine Diskussion darüber eintreten will. Es ist dies gewiss sehr traurig vom „Volk der Denker“.

Weil dort im Volk eben das nötige Verständnis, die nötige Unterstützung unserer Sache leider noch nicht zu finden ist, müssen unsere dortigen Freunde die Agitation mit durchaus unzureichenden, geradezu lächerlich kleinen Mitteln betreiben für ein Land von 64 Millionen.

Ich weiss, dass sie herzlich dankbar wären für jede finanzielle Unterstützung, komme sie woher sie wolle. In England, Amerika, Frankreich etc., etc. ist die Friedensbewegung schon weit mehr erstarkt, Deutschland aber sollten wir etwas helfen.

Unsere deutschen Gesinnungsgenossen (Stadtpfarrer Umfrid in Stuttgart, Quidde, Fried etc.) bieten alle und jede Garantie für zweckmässige Verwendung des Geldes, und sie sind auch wohlweislich keine sogenannten übermütigen Agitatoren, sondern sind bisher immer mit ausserordentlich viel Takt, Verständnis und mit ruhigem Blut vorgegangen.

2. Mein zweiter aber Hauptgrund, warum ich meinen Antrag einbringe, ist ein Hinblick auf die in etwa drei Jahren (vielleicht früher) stattfindende dritte Haager Konferenz, an welcher Deutschland geradezu die ausschlaggebende Rolle spielen wird.

Bedenken Sie: Wenn es unsern deutschen Freunden nicht gelingt, die Stimmung in untern und obern Kreisen Deutschlands unsern Bestrebungen günstiger zu wenden, dann wird auch die dritte Haager Konferenz an dem Widerstand Deutschlands wiederum scheitern oder doch nur „eine Maus gebären“, und dann dürfte uns ein äusserst harter Schlag treffen: das Vertrauen in die ganze Friedensbewegung, deren praktischer Hauptzweck „Abrüsten“ ist, könnte schliesslich verloren gehen — und auf einem Pulverfass sitzen wir sowieso.

Es trifft uns alle eine grosse Verantwortlichkeit, und es träfe uns für lange oder immer der Vorwurf: im kritischen Moment nicht alles getan zu haben,

was in unsern Kräften steht, keine richtige Einsicht über die Weltlage gehabt zu haben (drei Jahre sind bald vorbei!).

Sie werden mir vielleicht einwenden: „Mit ein paar 100 Fr. ist doch nicht viel geholfen.“ Allerdings nicht. Allein, ist dies ein richtiger Grund, gar nichts zu geben, etwas Gutes, Zweckmässiges gar nicht zu tun? Uebrigens bin ich der lebhaften Ueberzeugung und Hoffnung: wenn der Schweizerische Friedensverein mit diesem guten Beispiel vorangeht, so werden andere, noch viel kapitalkräftigere Länder, auch reiche Private ganz gewiss nachfolgen, und hierin, im guten Beispiel, liegt die Hauptbedeutung. Ich glaube, dass es kaum eine bessere Verwendung unserer Gelder gäbe.

3. Der dritte Grund, mit dem ich meinen Antrag stützen möchte, ist ein interner, uns selbst angehender. Ich halte ihn (so paradox es klingt) im wohlverstandenen Interesse des Schweizerischen Friedensvereins selbst; ich behaupte, es wird uns gar nicht schwächen, sondern stärken, denn die paar 100 Fr., die wir zum Wohle des Ganzen opfern, würden uns reichlich wieder eingebracht, wenn man die Sache recht angreift und sich an die richtigen Kreise wendet, denn wir bekämen ein volksverständliches Propagandamittel.

Wohl kennt das Volk das Ziel der Friedensvereine und ist einverstanden damit, aber es hat, wenigstens bei uns in der Schweiz, offenbar nicht den Glauben, dass wir noch viel helfen können mit all unsern Versammlungen, Vorträgen etc., und da steckt eben der Has im Pfeffer. Wir haben dies bis jetzt zu wenig berücksichtigt.

Es fehlte bisher an einem volksverständlichen Mittel zu unserm Zweck: Mitglieder und Geld zu erhalten. Dies hat die Gleichgültigkeit gegen unsere Bestrebungen geboren, nicht eine eigentliche Opposition gegen unser Endziel. Wer von uns hat beim Mitgliedfang nicht schon den Einwand gehört: „Ja, was können wir kleinen Schweizer in dieser Sache jetzt noch wirksam tun? Nichts von Belang, also ich gebe nichts.“ Es lässt sich nicht leugnen, für unsere schweizerischen Verhältnisse ist dieser Einwand leider nicht ganz ungerechtfertigt, er ist einfach wahr.

Das würde aber anders, wenn man dem etwas nüchternen und praktischen Schweizervolk, den Bemittelten in Industrie, Handel und Landwirtschaft, sowie den minder Begüterten sagen und beweisen könnte, dass wir die gesammelten Gelder praktisch und segensbringend anlegen in der Friedenspropaganda bei den Grossmächten, wo sie unstreitig am meisten Nutzen bringen können und müssen, denn die Grossmächte geben den Ausschlag. Ich bin überzeugt, dann werden sich bei hoch und niedrig die Herzen und die Geldbeutel williger öffnen, denn es ist ganz über allem Zweifel erhaben: sieht man ein praktisches Mittel zum Zweck, so gibt man lieber.

Gewiss ist es wünschenswert, dass wir in der Schweiz ein paar 1000 Mitglieder mehr haben, und das wird auch kommen; allein für die allgemeine grosse Friedensbewegung ist dies von untergeordneter Bedeutung. Wenn unsere Bundesbehörden nicht ohnehin die Ueberzeugung hätten, dass unser Volk nicht kriegerisch gesinnt ist, sondern vielmehr immer deutlicher einsieht, dass es im allerhöchsten Interesse namentlich aller kleinen Staaten ist, internationale Streitigkeiten durch Gerechtigkeit, statt Gewalt zu schlichten, so werden bei unsern allfälligen Anregungen auch ein paar 1000 Mitglieder mehr oder weniger nicht stärker imponieren. (Hätten wir statt 7000 eine ganze Million Mitglieder, so wäre für die Sache des Weltfriedens nichts gewonnen.)

Es ist ja richtig, dass wir selbst nicht gerade in finanziellem Ueberfluss schwelgen, aber unrichtig ist, dass wir gar kein Geld hätten für meinen Antrag. Es wäre denn doch ein Armutszeugnis, wenn die Schweiz im jetzigen kritischen Moment und für einen so guten, praktischen Zweck die von mir genannte bescheidene Summe nicht erübrigen könnte.

Ich meine z. B., wenn wir für dies Jahr den üblichen Beitrag von 200—300 Fr. an das Internationale Bureau auf die Hälfte reduzierten oder ganz wegliessen, so würde es uns dies in Anbetracht des guten Zweckes der Unterstützung der deutschen Friedensfreunde gewiss nicht übelnehmen und besonders in Anbetracht, dass es unlängst den grossen Nobelpreis von 195,000 Fr. erhielt.

Gerade, weil wir nicht zu viel Mittel haben, ist es desto angezeigter, sie da zu verwenden, wo sie am meisten Nutzen bringen und übergebe ich daher meinen Antrag eurer wohlwollenden Berücksichtigung und Entsprechung.

Zürich, im April 1911.

Gottfr. Schuster.

* * *

Nachschrift zu meiner Antrag-Begründung.

Diesen meinen Antrag habe ich schon am 3. November v. J. Herrn Präsident Dr. Bucher-Heller in Luzern avisirt, am 4. März d. J. definitiv eingereicht, das Memorial zu seiner Begründung am 25. März fertiggestellt.

Wenige Tage später las ich zu meiner Freude, aber auch zu meinem Erstaunen, dass die Deutsche Friedensgesellschaft angeblich „wahrscheinlich“ den diesjährigen Nobelpreis zugeteilt erhalte.

Im ersten Moment, als ich dies las, dachte ich bei mir selbst: „Ja so, da hättest du dir deinen Antrag und die ziemlichen Schreibereien und Laufereien ruhig ersparen können.“

Ich fing an, darüber zu rechnen und gründlich nachzudenken, und der Schluss war: um in drei Jahren die öffentliche Meinung Deutschlands (64 Millionen) wesentlich zu unsern Gunsten zu wenden, sind diese 195,000 Fr. = 156,000 Mark, so schön sie sind, noch bei weitem nicht etwa zu viel, sondern geradezu ungenügend.

Ich will Ihnen dies mit einer einfachen Rechnung, einem Vergleich mit unsern eigenen schweizerischen Verhältnissen, nachweisen.

Angenommen, die schweizerischen Friedensvereine geben pro Jahr 10,000 Fr. für Propaganda aus (genaue Zahlen stehen mir momentan allerdings nicht zur Verfügung, allein die Schätzung dürfte ziemlich zutreffen). Geben wir resp. brauchen für etwas über 3 Millionen Einwohner pro Jahr 10,000 Fr., so ergibt dies im Verhältnis zu Deutschland 64 Millionen rund 20mal mehr = 200,000 Fr. pro Jahr. Nun ist aber zu berücksichtigen:

1. Diese Summe ist selbst nach schweizerischen Verhältnissen durchaus nicht zu viel;
2. dass die Opposition, welche unsere deutschen Freunde dort vorfinden, sicher 100mal grösser ist als in der Schweiz, der Kampf namentlich im jetzigen Anfangsstadium 100mal schwieriger;
3. dass Deutschland den Nobelpreis nicht alle Jahre erhält, und
4. ist zu berücksichtigen, dass die Deutschen den Nobelpreis vorläufig überhaupt noch gar nicht sicher haben.

Man spricht stark davon, dass der ehemalige Minister des Unterrichtswesens, Herr Graf Apponji, welcher auch sehr grosse Verdienste hat und gerade un-

längst von einer langen Friedensreise durch Amerika zurückgekehrt ist, die er im Interesse der interparlamentarischen Friedensaktion unternommen, den diesjährigen Nobelpreis erhalten werde; wenigstens beantragt dies die Budapester juristische Fakultät beim schwedischen Parlament.

Sie sehen also, nach gründlicher Prüfung habe ich durchaus keine Ursache, meinen eingereichten Antrag etwa zurückzuziehen.

—o—

Die Auslegung von § 2 der Statuten des Schweizerischen Friedensvereins. *)

Von Konrad Rüd, Herisau.

In der „Friedenswarte“, Heft Nr. 3, Jahrgang 1911, Seite 73, findet sich eine Zusammenstellung der Opposition gegen die Rüstungen in den europäischen Parlamenten, welche für uns Pazifisten von grossem Interesse ist. Sie überzeugt uns aufs neue, dass da, wo die Volksvertreter den Mut besitzen, die Forderungen für neue Rüstungen genauer auf ihre Notwendigkeit zu prüfen und auf die Gelegenheit der friedlichen Verständigung hinzuweisen, ihre Stimme immer mehr Gehör findet. Taktvoll und nachhaltig wird auf die unerträgliche Erhöhung der durch den Rüstungswettbewerb hervorgerufenen Steuerlast und die Wohltat der internationalen Rechtssicherheit hingewiesen. Wir freuen uns über diese Tatsache, weil wir die Parlamente als den einzig richtigen Ort zur Erledigung internationaler Angelegenheiten anerkennen. Alle weiteren Bemühungen: Kongresse, Petitionen und die Aufklärung der Völker, können nur dann gerechtfertigt werden, wenn sie in den Parlamentsverhandlungen ein Echo finden. Wenn dafür gesorgt ist, dass der Pazifismus in den Behörden vertreten und berücksichtigt wird, so dürfen wir den von den Behörden als notwendig befundenen Militärauslagen unsere Zustimmung nicht versagen. Wenn die Regierungen und die Parlamente den Wünschen der Völker entgegenkommen und sie sich darüber ausweisen können, dass sie kein Mittel unversucht lassen, um die Militärauslagen zu reduzieren, so wollen wir uns in das Unvermeidliche fügen. Vor allem andern liegt es an den Pazifisten, dass sie sich für eine richtige Vertretung in allen Behörden bemühen. In dem Berichte über die Tätigkeit des Generalsekretariates der interparlamentarischen Union im Jahre 1910 ist zu ersehen, dass diese Union zurzeit Gruppen in 21 Ländern mit zusammen 2814 Mitgliedern besitzt, wovon auf die Schweiz 43 entfallen. Im Jahre 1896 zählte die Schweizergruppe 62 National- und 16 Ständeräte. Wenn die Erschlaffung derselben so fort-dauert, so werden wir bald genug nicht mehr von einer parlamentarischen Gruppe der Schweiz sprechen können. Mit Ausnahme der Finanzkommission und einiger Sozialpolitiker hat sich unsere Gruppe seit langer Zeit totgeschwiegen. In der Novembernummer von „Der Friede“ spricht sich die Redaktion dieses Blattes für eine gründliche Reorganisation der interparlamentarischen Schweizergruppe aus, deren Notwendigkeit kaum anzuzweifeln ist. Wer soll aber diese Reorganisation vornehmen? Nachdem die Mitgliederzahl derselben während 15 Jahren keinen Zuwachs mehr erhalten hat, ist kaum anzunehmen, dass die Initiative für die Reorganisation von dieser selbst ergriffen werde. Sollen der Rechtsgedanke und die Ab-

*) § 2 unserer Statuten lautet: „Der Schweizerische Friedensverein steht in politischer, religiöser und philosophischer Beziehung auf vollständig neutralem Boden.“